

# Die Ebola-Krise zeigt große Versäumnisse auf

Cornelia Ulbert

Am 18. September 2014 hielt der UN-Sicherheitsrat erstmalig eine Dringlichkeitssitzung zu einer öffentlichen Gesundheitskrise ab, dem Ausbruch der Ebola-Epidemie in Westafrika. Mit Stand vom 8. Oktober wurden der Weltgesundheitsorganisation (WHO) insgesamt 8399 Infektions- und 4033 Todesfälle gemeldet. Nach neuerlichen Schätzungen kann die Zahl der Infizierten bis Ende November 2014 auf mehr als 20 000 steigen.

Wie es dazu kommen konnte, dass ein im Prinzip eindämmbarer Ausbruch von zunächst regional begrenzten Ebola-Infektionsfällen ein derartiges Ausmaß annehmen konnte, wird auf eine Reihe von Faktoren zurückgeführt: Bei den am stärksten betroffenen Staaten Guinea, Liberia und Sierra Leone handelt es sich um drei der ärmsten Länder der Welt. Nach Jahren der Bürgerkriege und politischen Instabilität verfügen diese Länder über nur wenig leistungsfähige Gesundheitssysteme. Die rasche Ausbreitung des Virus wurde zudem durch lokale Bestattungstraditionen, mangelndes Wissen über Ansteckungswege und starkes Misstrauen gegenüber dem »fremden« Gesundheitspersonal befördert. Besonders schwer wiegt jedoch das Versagen der zuständigen UN-Organisationen und ihrer Mitgliedstaaten.

Bereits im Dezember 2013 waren erste Fälle von Ebola in einer abgelegenen Region Guineas aufgetreten. Aufgrund fehlender Seuchenkontrolle wurden diese Ebola-Fälle der WHO allerdings erst im März 2014 gemeldet. Zu diesem Zeitpunkt waren in Guinea bereits mehr als 60 Personen an Ebola gestorben, und der Virus hatte sich auf die Nachbarländer ausgebreitet. Obwohl die nichtstaatliche Organisation »Ärzte ohne Grenzen« bereits monatelang auf den medizinischen Notstand aufmerksam gemacht hatte, rief die WHO erst am 8. August den Gesundheitsnotfall für die betroffenen Regionen aus. Doch auch danach lief die Hilfe nur schlep-pend an, obwohl WHO-Generaldirektorin Margaret Chan eindringlich warnte, es sei Zeit zu handeln. Die internationale Aufmerksamkeit war eher auf die Ukraine-Krise, den Gaza-Streifen und den »Islamischen Staat« gerichtet. Erst als sich der UN-Sicherheitsrat am 18. September der Ebola-Krise annahm, und diese in Resolution 2177 als Bedrohung des Weltfriedens einstuftete, reagierten die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten entschlossener. Der UN-Generalsekretär setzte danach die Mission der Vereinten Nationen für Ebola-Nothilfe Maßnahmen (UNMEER) ein und ernannte David Nabarro zum Sondergesandten für Ebola.

Zur Umsetzung des Ende August veröffentlichten WHO-Fahrplans zur Bekämpfung von Ebola sind allein

etwa 500 Mio. US-Dollar erforderlich, um die notwendige Logistik (unter anderem Krankenstationen, Ausrüstung, Medikamente) zur Verfügung zu stellen – Geld, das die WHO von den Mitgliedstaaten einwerben muss. Problematisch bleibt weiterhin der Mangel an Gesundheitspersonal. Die humanitäre Krise hat sich enorm ausgeweitet – mit unabsehbaren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen. Doch welche Lehren können wir daraus für die Zukunft ziehen?

**1. Die chronische Unterfinanzierung der WHO muss ein Ende haben.** Seit Jahren sinkt der frei verfügbare und damit flexibel verwendbare Anteil am Gesamthaushalt der WHO. Dadurch kann diese ihren Kernaufgaben, wie Expertise zur Krankheitsbekämpfung zur Verfügung zu stellen und bei Gesundheitskrisen koordinierend tätig zu werden, nicht nachkommen. Der Finanzierungsnotstand hat bereits zu einem massiven Verlust an qualifiziertem Personal in der WHO geführt. Hier müssen die Mitgliedstaaten umdenken und den Anteil zweckgebundener Mittel an ihren Beiträgen senken.

**2. Die Konzentration auf einige wenige messbare Gesundheits-Entwicklungsziele trägt nicht zur Verhinderung von Gesundheitskrisen bei.** Zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) investieren internationale Geber viel in die Senkung von Kinder- und Müttersterblichkeit. Aber Gesundheitskrisen kann man nur durch den Aufbau von Gesundheitsgrundversorgung vorbeugen. Für den gegenwärtigen Prozess der Aushandlung der »Sustainable Development Goals« (SDGs) bedeutet dies, dass die Stärkung von Gesundheitssystemen, Bildung für alle und gut funktionierende staatliche Institutionen, denen die Bevölkerung vertraut, wichtige Ziele sein müssen, die es weltweit zu verwirklichen gilt.

**3. Da Deutschland mehr internationale Verantwortung übernehmen will, kann es dies auch jenseits der militärischen Bearbeitung von Konflikten tun.** Verantwortungsvolles Handeln findet auch darin seinen Ausdruck, die Kapazitäten internationaler Organisationen zur Verhinderung von Gesundheitskrisen zu stärken, die eigenen logistischen und personellen Fähigkeiten zur Unterstützung in humanitären Ausnahmesituationen zu verbessern und sich auf politischer Ebene für eine globale Entwicklungsagenda jenseits punktueller messbarer Indikatoren einzusetzen.

Die Ebola-Krise lehrt uns, dass es auf komplexe Situationen keine einfachen Antworten gibt und ihre Lösung einen langen Atem erfordert. Wirkungen sind dann vielleicht nicht unbedingt an einzelnen Indikatoren messbar, dafür aber nachhaltiger.



**Dr. Cornelia Ulbert**, geb. 1965, ist Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen.